



Wibke Brems Dipl.-Ing. (FH)  
Sprecherin für Klimaschutz  
und Energiepolitik

Wahlkreisbüro  
Hohenzollernstraße 24  
33330 Gütersloh

Telefon 05241 – 26533  
Telefax 05241 – 235867  
eMail [wibke.brems@landtag.nrw.de](mailto:wibke.brems@landtag.nrw.de)

Gütersloh, den 25. August 2010

### **Pressemitteilung**

Der Text steht zu Ihrer freien Verfügung.

*KfW förderte 2009 die energetische Sanierung von 4.062 Wohnungen  
im Kreis Gütersloh mit 49 Mio. Euro Kreditmitteln*

## **Kürzungen der Bundesregierung gefährden energetische Gebäudesanierung im Kreis Gütersloh**

Mitten in den Sommerferien – und damit sozusagen klammheimlich - reduziert die bundeseigene Förderbank „Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)“ ihre Programme „Energieeffizient Sanieren“ zum 01.09.2010 erheblich. So wird der Programmbereich „Einzelmaßnahmen“ (z. B. Dämmung, Heizungserneuerung, Fensteraustausch oder Lüftungseinbau) komplett gestrichen. Sondermaßnahmen wie der Austausch von Nachtspeicheröfen werden ebenfalls nicht mehr gefördert.

Landtagsabgeordnete Wibke Brems (Grüne) aus Gütersloh dazu:

„Die Ursache für die erneuten Verschlechterungen in den KfW-Programmen sind die von der Bundesregierung drastisch reduzierten Haushaltsmittel in diesem Bereich von 2,2 Mrd. Euro in 2009 auf 1,35 Mrd. Euro in 2010. Im nächsten Jahr sollen es nach den Haushaltsplanungen der Bundesregierung sogar nur noch 450 Mio. Euro sein.“

Die Kürzungen der Bundesregierung sind aus Haushaltsgründen unverständlich. Jeder Förder-Euro löst 8 Euro Investitionen aus. Die Programme finanzieren sich damit schon über höhere Mehrwertsteuereinnahmen von selbst - wie auch Studien der Bundesregierung belegen. Die Kürzungen wirken sich auch in unserer Region ganz konkret aus. So wurden 2009 im Kreis Gütersloh aus dem Programmbereich „Einzelmaßnahmen“ die Sanierung von 928 Wohnungen mit 12 Mio. Euro von der KfW gefördert, die jetzt komplett als Aufträge für das Bauhandwerk wegfallen.

Zusammen mit den anderen Programmbereichen „Energetisch Sanieren und Bauen“ der KfW flossen 2009 insgesamt 49 Mio. Euro Kreditmittel und Zuschüsse des Bundes in unseren Kreis, womit 4.062 Wohnungen energieeffizient saniert oder gebaut werden konnten. Im Jahr 2010 und erst recht 2011 wird die Summe aber sehr viel kleiner ausfallen infolge der unverständlichen Kürzung der Haushaltsmittel durch die Bundesregierung.

Leidtragende sind Wohnungseigentümer, die eine Sanierung nicht mehr finanzieren können, Mieter, die eine unveränderte hohe Heizkostenrechnung haben werden, Handwerksbetriebe, denen die Aufträge fehlen und das globale Klima, das mit unnötigen CO<sub>2</sub>-Emissionen belastet wird.

Wir verbrauchen 40% des Gesamtenergieverbrauchs in Deutschland für das Heizen und Kühlen von Gebäuden, müssen dafür für viele Milliarden Euro Gas und Öl importieren und belasten mit den CO<sub>2</sub>-Emissionen das Klima. Um das zu ändern, müssen wir unsere Häuser energetisch sanieren, denn etwa 80% des Gebäudebestandes entspricht nicht mehr den aktuellen Standards. Dazu brauchen wir eine Sanierungsquote von 3 Prozent pro Jahr. Doch derzeit sind es nicht einmal 1 Prozent. Das heißt, es würde 100 Jahre dauern, bis alle Häuser saniert sind.

Aber eine Erhöhung der Sanierungsquote rückt mit jeder Kürzung der erfolgreichen KfW-Programme durch die Bundesregierung in immer weitere Ferne. Dabei hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung im Koalitionsvertrag noch eine Verstärkung der Mittel für diesen Bereich in Aussicht gestellt.

Unter solchen Kürzungen leiden Bauindustrie und -handwerk, denn hier sind in den vergangenen Jahren durch die KfW-Förderung viele Arbeitsplätze als Ersatz für den immer weiter schrumpfenden Neubaubereich entstanden.

Die Bundesregierung von Dr. Angela Merkel muss endlich lernen, dass Kürzungen bei der Förderung der Gebäudesanierung nur schaden und niemanden nützen. Gerade wir in Nordrhein-Westfalen, wo mehr als ein Drittel des deutschlandweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes anfällt, tragen eine besondere Verantwortung für die Senkung des Energieverbrauchs. Daher sind wir aber auch ganz besonders auf eine engagierte Klimaschutzpolitik auf Bundesebene angewiesen.“

Bei Rückfragen steht Ihnen Wibke Brems unter 0211/884 2142 oder [wibke.brems@landtag.nrw.de](mailto:wibke.brems@landtag.nrw.de) gerne zur Verfügung.